

C 001**DGB-Bundesvorstand**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses

Angenommen in geänderter Fassung des Abänderungsantrags Ä 003

Mit guter Bildung aus der Krise - DGB-Thesen für eine neue Bildungsoffensive

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Nationale und internationale Vergleichsstudien stellen dem deutschen Bildungswesen ein schlechtes Zeugnis aus: Die Zahl der Jugendlichen ohne Schul- und Berufsabschluss ist erschreckend hoch. Hauptschülerinnen und Hauptschüler haben nach wie vor kaum Chancen, direkt einen Ausbildungsplatz zu ergattern. Migrantinnen und Migranten verlassen die Schule doppelt so häufig wie ihre deutschen Mitschülerinnen und -schüler ohne Abschluss. Rund eine halbe Million Jugendliche „verschwindet“ im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf – die meisten von ihnen in Warteschleifen ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung. Gleichzeitig gelingt es nicht, signifikant mehr Jugendliche für ein Studium zu gewinnen. Menschen ohne Abitur, die sich im Berufsleben bewährt haben, bleiben die Türen zu den Hochschulen meist verschlossen. Trotz Nachholbedarfs sind die Budgets in der Weiterbildung in den vergangenen Jahren drastisch gekürzt worden. Der Abstand zu internationalen Anforderungen wächst.

In kaum einem anderen Land hängen die Bildungschancen der Kinder so sehr vom Geldbeutel der Eltern ab wie in Deutschland. Selbst bei gleicher Leistung hat das Kind eines Akademikers gegenüber einem Arbeiterkind eine drei Mal so große Chance das Gymnasium zu besuchen. Gute Bildung bleibt ein vererbtes Privileg der höheren Schichten.

Gerade junge Menschen sind die Verlierer der Wirtschafts- und Finanzkrise. Die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze sinkt, die Jugendarbeitslosigkeit steigt, immer mehr junge Menschen arbeiten in prekärer Beschäftigung – sei es als unbezahlte Praktikanten/-innen, Leiharbeiter/-innen oder befristet Beschäftigte. Die junge Generation leidet unter einem Bildungswesen, das sozial ausgrenzt und zu wenig Menschen gut qualifiziert. Gleichzeitig erleben wir den Versuch, junge Menschen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen haben, als nicht ausbildungsreif und ausbildungswillig abzustempeln. Dieses Vorgehen ist nicht nur zynisch, es lenkt den Blick weg von der Krise unseres Bildungssystems.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise droht die Bildungskrise weiter zu verschärfen. Während Milliarden für Bad Banks bereitgestellt werden, leidet unser Bildungswesen unter chronischer Unterfinanzierung. Der Krippenausbau kommt nur schleppend voran, ein Milliarden-Paket für Hochschulen steht unter Finanzierungsvorbehalt. Die Verabredungen des Dresdner Bildungsgipfels, mindestens 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung zu investieren, sind gefährdet. So werden Zukunftschancen für junge Menschen und für unsere Gesellschaft verbaut.

Das vergangene Jahrzehnt hat gezeigt: Der marktradikale Weg, der auf eine reine Kostensenkungsstrategie setzte, ist gescheitert. Eine soziale, demokratische und ökologische Wirtschaftsordnung kann nur über Innovationen, über lebenslanges Lernen, Qualifizierung und Wachstum der Produktivität erreicht werden. Dabei spielt die Gestaltung der Arbeits- und Lebenswelt eine entscheidende Rolle. Neues Wissen und neue Ideen entstehen nicht nur in den Forschungs- und Entwicklungs-Abteilungen der Unternehmen, sondern in allen Gliedern der Wertschöpfungskette - vor allem im kundennahen Bereich. Rationalisierung und Auslagerung schwächen die Innovationskraft der Unternehmen. Sie zerstören die Qualifikation der Beschäftigten, nehmen ihnen die Möglichkeiten, neue Kompetenzen aufzubauen und mindern die Motivation zur Weiterbildung.

Bildungspolitik darf jedoch nicht auf Standortpolitik reduziert werden. Bildung ist vor allem ein Menschenrecht. Sie muss kulturelle, demokratische und soziale Teilhabe sichern. Kognitives Lernen und soziale Verantwortung, Wissen

und Werte gehören zusammen. Bildung eröffnet den Zugang zur Welt. Sie bedeutet Entwicklung der Persönlichkeit. Bildung ermöglicht die rationale und kritische Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität – und zielt somit auf die Weiterentwicklung und Verbesserung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Durch Bildung sichert sich der Einzelne den Zugang zu Arbeit und Beruf. So ist Bildung vor allem auch eine soziale Frage.

Wenn Deutschland gestärkt aus der Krise kommen will, brauchen wir eine neue Bildungsoffensive. Wenn der Einsicht über die soziale Ausgrenzung in unserem Bildungswesen keine tiefgreifenden Veränderungen folgen, drohen Demokratie und soziale Marktwirtschaft die nötige Legitimation zu verlieren. Ohne die Umsetzung des Menschenrechts auf Bildung lassen sich soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, wirtschaftlicher Wohlstand und demokratische Stabilität in Deutschland nicht erreichen. „Wir brauchen alle, wir dürfen kein Kind zurücklassen“ – diese Philosophie des skandinavischen Bildungswesens muss auch zur Maxime der deutschen Bildungs- und Sozialpolitik werden. Auf jeder Stufe unseres Bildungswesens muss es Rechtsansprüche geben – bis hin zum Recht auf Aus- und Weiterbildung.

Für **eine neue Bildungsoffensive** schlagen der DGB und seine Mitgliedgewerkschaften folgende Punkte vor:

1. Eine nationale Bildungsstrategie entwickeln:

Soll Deutschland gestärkt aus der Krise kommen und bildungspolitisch zur Weltspitze aufschließen, muss es den „Wettbewerbsföderalismus“ in der Bildung überwinden. Eine gute Bildungspolitik ist entscheidend für die Zukunft unserer Gesellschaft. Bildung darf deshalb nicht dem föderalen Gegeneinander überlassen werden. Notwendig ist eine nationale Bildungsstrategie von Bund, Ländern und Kommunen mit klaren Entwicklungszielen. Im Mittelpunkt dieser Strategie müssen folgende Ziele stehen:

- Deutliche Senkung der Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss,
- Reduzierung der Zahl der funktionalen Analphabeten,
- Berufsqualifizierende Abschlüsse für alle Jugendlichen und die Verwirklichung des Grundrechts auf Ausbildung,
- Weiterbildungsbeteiligung auf europäischem Niveau,
- Anhebung der Zahl der Studienanfänger und Hochschulabsolventen,
- Soziale Öffnung der Hochschulen durch verbesserte Studienförderung, erweiterte Hochschulzugänge und die Anrechnung beruflicher Kompetenzen,
- Entkopplung von sozialer bzw. ethnischer Herkunft und Bildungserfolg,
- Verbesserung fachlicher Leistungen in den Schulen auf OECD-Spitzenniveau,
- Umfassende Bildungsbeteiligung schon in der frühkindlichen Bildung,
- Gemeinsames Lernen bis zur zehnten Klasse.

Bund, Länder und Kommunen müssen in all diesen Bereichen belastbare und verbindliche Vereinbarungen treffen. Die Umsetzung muss von einer unabhängigen Stelle auf ihre Wirkung geprüft werden. Das Bildungssystem kann nur dann erfolgreich sein, wenn alle staatlichen Ebenen über gemeinsames Verantwortungsbewusstsein und die geeigneten Instrumente verfügen, um die Ziele der nationalen Bildungsstrategie zu erreichen und zu kontrollieren.

Kurzfristig müssen die verfassungsrechtlichen Grundlagen für einen kooperativen Bildungsföderalismus gestärkt werden. Insbesondere das Kooperationsverbot für das Schulwesen in Artikel 104 b GG ist eine Reformbremse für das deutsche Bildungswesen. Bund und Länder müssen weiterhin gemeinsam zum Beispiel Ganztagschulen fördern dürfen. Zudem müssen die Kompetenzen des Bundes bei den Hochschulen um den Zugang für beruflich Qualifizierte erweitert werden. Die gemeinsame Bildungsplanung muss wieder eingeführt und Artikel 91b(2) GG entsprechend geändert werden.

Grundsätzlich muss die Rolle des Bundes im Rahmen kooperativen Föderalismus gestärkt werden. Wir brauchen ein Bundeshochschulgesetz sowie Bundeskompetenzen für die Berufsschulen. Vorbild für eine Neujustierung könnte die föderale Schweiz sein. Sie hat die Kompetenzen des Bundes im Vergleich zu den Kantonen gestärkt, in dem ein neuer Bildungsrahmenartikel eingeführt wurde. Bisher waren für Bildungspolitik dort allein die Kantone zuständig. Nun sollen Bund und Kantone auf dem Wege der Koordination für hohe Qualität und Durchlässigkeit sorgen. Können sich die Kantone nicht einigen, hat der Bund die Entscheidungskompetenz und kann eigenständige Vorschriften erlassen.

2. Mehr Geld in Bildung investieren:

Die Finanzierung von Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe und gehört in öffentliche Verantwortung. Bildung hat ihren Preis, aber sie ist diesen Preis auch wert. Wer am Bildungssystem spart, lastet der Gesellschaft hohe Folgekosten auf. Für eine erfolgreiche Bildungsoffensive brauchen wir mehr Geld für unsere Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen. Das erfordert einen finanziellen Kraftakt von Bund, Ländern und Kommunen. Derzeit werden in Deutschland lediglich 4,4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) aus öffentlichen Mitteln in das Bildungswesen investiert. Will die Bundesrepublik wieder den Anschluss an europäisches Spitzenniveau schaffen, müssen die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft auf sieben Prozent des BIP nach OECD-Standard steigen.

Wir brauchen auch ein Gebäudesanierungsprogramm für unsere Bildungseinrichtungen. Über Jahre hinweg haben viele Kommunen und Bundesländer ihre Kindertagesstätten, Schulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen verkommen lassen. Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt den Sanierungsbedarf an Deutschlands Schulen allein auf 73 Milliarden Euro. Zu einem guten Bildungswesen zählt zudem ein leistungsfähiges System öffentlicher und wissenschaftlicher Bibliotheken.

3. Privatisierung verhindern und Gebühren abschaffen:

Wer Bildungsarmut bekämpfen will, muss soziale Barrieren abbauen. Die Flucht vieler Eltern zu Privatschulen und zunehmend auch zu privaten Kindertagesstätten ist vielfach eine Reaktion auf Mängel im staatlichen Bildungswesen. Der Staat muss ein hervorragendes Bildungswesen für alle Menschen sichern und finanzieren. Dazu muss der Staat aber handlungsfähig sein. Milliarden-Schulden als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die neue Schuldenbremse in der Verfassung werden die Spielräume der öffentlichen Hand drastisch beschränken. Wir brauchen deshalb eine höhere Besteuerung von Erbschaften und Vermögen, eine Besteuerung von Finanztransaktionen und flexiblere Schuldenregeln im Grundgesetz, damit Bildung in Deutschland ein öffentliches Gut bleibt.

Bildung zu privatisieren oder die Kosten mehr und mehr auf die oder den Einzelnen abzuwälzen, kann ebenso wenig eine Alternative zu einem zukunftsfähigen Bildungswesen sein wie von Unternehmen finanzierte und kontrollierte Eliteeinrichtungen. Der Trend zu einem abgeschotteten privaten Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung in der Gesellschaft. Staatliche Subventionen für kommerzielle Bildungsträger von Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen darf es nicht geben. Bildungsschecks und Bildungssparen führen zu einer Privatisierung der Bildungsfinanzierung und sind Subventionen für kommerzielle Bildungsanbieter. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen diese Form der Privatisierung von Bildungschancen ab, da sie die soziale Spaltung in unserem Bildungswesen vertieft. Hohe Gebühren für Kindertagesstätten, für das Studium, Beiträge für Lernmittel, Klassenfahrten sowie kräftige Teilnahmegebühren in der Weiterbildung verhindern eine höhere Bildungsbeteiligung. Deshalb fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften eine gebührenfreie Bildung – von der Kita bis zur Hochschule.

4. Gute Bildung braucht mehr Zeit:

Gute Bildung braucht Zeit. Dieser Grundsatz ist in zahlreichen Bildungsreformen der vergangenen Jahre leider nicht berücksichtigt worden. Im Gegenteil: Regierungen in Bund und Ländern haben unter starkem Druck der Wirtschaftsverbände Bildungsprozesse in allen Bereichen des Bildungswesens verdichtet. Die verkürzte Schulzeit (G8), der sechssemestrige Bachelor und die zweijährigen Ausbildungen sind die bekanntesten Auswüchse einer Bildungspolitik unter dem Effizienz-Diktat. Andere Länder lassen mehr Freiraum und Zeit für Bildungsprozesse. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb auch in Deutschland mehr Zeit für Bildung.

In kaum einem anderen Industrieland setzt der Staat seine Kinder schon mittags vor die Tür. In Deutschland hingegen sind Halbtags-Schulen noch immer die Regel und in vielen Regionen sind Kindertagesstätten auf den Vormittag beschränkt. Langsam setzt sich auch in der Bundesrepublik die Erkenntnis durch, dass Ganztagsangebote ein wichtiger Baustein sind, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten – und so sowohl Männern als auch Frauen Chancengleichheit beim Zugang zur Arbeitswelt zu bieten.

Doch nicht nur die Eltern, auch die Kinder profitieren enorm von Ganztagsangeboten. Pädagoginnen und Pädagogen müssen den Spielraum gewinnen, individuelle Angebote für einzelne Kinder und Jugendliche zu machen. Gute Ganztagschulen helfen Kindern dort, wo ihre Eltern sie nicht ausreichend unterstützen können. Wir brauchen deshalb flächendeckend und verbindlich Ganztags-Kindertagesstätten, Ganztagschulen und Angebote der Jugendhilfe – mit gut ausgestatteten Arbeitsplätzen für das pädagogische Personal. Dazu gehört auch die Gewährleistung einer ausgewogenen, gesunden Verpflegung an Schulen und Kindertagesstätten. Um dafür eine kostengünstige Lösung zu erzielen, ist hier der ermäßigte Mehrwertsteuersatz vorzusehen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern ein Ganztagschulprogramm II. Auch nach der Föderalismus-Reform kann der Bund mit einem Zwei-Milliarden-Paket mehr als 40.000 Sozialarbeiter-Stellen für Ganztagschulen schaffen.

5. Den Europäischen Bildungsraum gestalten:

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften unterstützen die Zielsetzung europäischer Bildungspolitik, die Durchlässigkeit im Bildungssystem zu erhöhen. Wir erwarten von der Umsetzung europäischer Berufsbildungspolitik einen Beitrag zu mehr Gleichwertigkeit zwischen beruflicher Bildung im Vergleich zur schulischen und hochschulischen Bildung. Die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten müssen durch leichtere Zugänge zum tertiären Bereich verbessert werden. Insgesamt geht es um mehr Chancengleichheit. Europäische Berufsbildungspolitik darf nicht bedeuten, dass statt gesellschaftlich normierter und standardisierter Lernprozesse (z.B. Ausbildungsordnungen) Kombinationen von beliebigen Lernvorgaben treten. Die Outcome-Orientierung darf nicht eine Beliebigkeit oder vorrangige Marktorientierung von Inhalten und Lernmethoden mit sich bringen. Moderne Beruflichkeit mit einer umfassenden beruflichen Qualifizierung und der institutionell und gesetzlich gewährleistete Erwerb beruflicher und beruflich-wissenschaftlicher Handlungsfähigkeit muss erhalten bleiben.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften begrüßen grundsätzlich den Aufbau eines Europäischen Hochschulraums durch den Bologna-Prozess, weil wir uns die Erleichterung von Mobilität sowie eine bessere Qualität von Lehre und Studium erhoffen. Die Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland läuft jedoch schlecht. Die neuen Studienstrukturen erschweren oft den Studienortwechsel und führen zu einem Anstieg der Abbrecherquoten. Statt die Betreuung der Studierenden zu verbessern, ist es zu einer höheren Belastung für das Personal und die Studierenden gekommen. Statt Praxisanteile auszubauen, wurden sie vielerorts zusammengestrichen. Oft werden ganze Diplom-Studiengänge in einen sechssemestrigen Bachelor gepresst. Um ein Scheitern der Reform zu vermeiden, fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften einen Kurswechsel bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses. Wir brauchen die sorgfältige Umsetzung einer Reform, die Qualität des Studiums und der Lehre nachhaltig verbessert und die Kriterien der Studierbarkeit und der beruflichen Qualifizierung umsetzt. Kurzfristig brauchen wir mehr sieben- oder achtsemestrige Bachelor, mehr soziale Durchlässigkeit und den freien Zugang zum Master-Studium, eine bessere finanzielle Ausstattung sowie die Entrümpelung der Prüfungsordnungen und Modulhandbücher.

6. Migranten besser fördern:

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Schon seit Jahrzehnten leben hier Millionen Menschen aus anderen Kulturen. Das Zusammenleben von Menschen verschiedener Sprachen und Nationen ist eine Bereicherung moderner Gesellschaften. Dass darin ein großer Reichtum und viele kulturelle, soziale und ökonomische Potenziale liegen, wird noch immer nicht hinreichend erkannt. In unserem Bildungssystem sind vor allem junge Einwanderer die Verlierer. 40 Prozent der jungen Migrantinnen und Migranten erhalten keine weiterführende schulische oder berufliche Ausbildung. Selbst junge Menschen mit guten Abschlüssen werden im Berufsleben wegen ihrer Herkunft benachteiligt. Das Menschenrecht auf Bildung muss endlich auch uneingeschränkt für Einwanderer verwirklicht werden. Die Verletzung dieses Rechts für Kinder statusloser Eltern muss beendet werden. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund müssen unabhängig vom Aufenthaltsstatus einen gleichberechtigten und freien Zugang zur frühkindlichen und schulischen Bildung haben.

Die deutsche Sprache ist ein Schlüssel zur Integration in unsere Gesellschaft. Sprachtests und Sprachförderung müssen schon in Tageseinrichtungen für Kinder ermöglicht – und in Schulen, Hochschulen, in Aus- und Weiterbildung angeboten werden. Auch die Muttersprachen der Kinder und Jugendlichen dürfen nicht vernachlässigt werden. Die Mehrsprachigkeit birgt ein enormes Entwicklungspotenzial. Deshalb sprechen sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften für die verstärkte Förderung zentraler Herkunftssprachen im gesamten Bildungswesen aus.

Schon heute gibt es Bildungs- und Erziehungseinrichtungen, die hohe Integrationserfolge erreichen. Ohne Zweifel brauchen Einrichtungen mit hohem Migrantenanteil besondere materielle und personelle Unterstützung. Bei der Einstellung von pädagogischem Personal sollen insbesondere Fachkräfte mit Migrationshintergrund sowie Menschen mit einer Zusatzqualifikation „Deutsch als Zweitsprache“ berücksichtigt werden.

Noch haben Jugendliche mit Migrationshintergrund auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt schlechte Aussichten. Um ihre Chancen zu stärken, schlagen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften mehrere Maßnahmen vor: Wir brauchen mehr Berufsberater mit Migrationshintergrund bei der Bundesagentur für Arbeit (BA), eine bessere Fort- und Weiterbildung der Berater in Sachen interkultureller Kompetenzen sowie die Nutzung der Berufseinstiegsbegleitung zur individuellen Übergangsbegleitung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund. Dies sollte in lokalen Bündnissen unter Beteiligung von Gewerkschaften, Wirtschaft, Schulen, Eltern und Migrationsverbänden geschehen.

In Deutschland leben zurzeit rund 500.000 Migranten mit einem qualifizierten Berufs- und Hochschulabschluss, der im Ausland erworben wurde – und hier nicht anerkannt wird. So wird Integration erschwert, so werden Ressourcen vergeudet. Wenn es um die Anerkennung ausländischer Abschlüsse geht, herrscht in Deutschland immer noch ein föderales Wirrwarr. Eine einfachere Anerkennung ist längst überfällig. Die Zuwanderer brauchen einen Rechtsanspruch auf ein bundeseinheitliches Anerkennungsverfahren und die Möglichkeit zur Anpassungs- und Ergänzungsqualifizierung.

7. Gute Bildung und gute Arbeit im Bildungswesen gehören zusammen:

Wer das deutsche Bildungswesen besser machen möchte, braucht dafür ausreichend gut ausgebildetes und hoch motiviertes Personal. Bisher nehmen Politik und Gesellschaft die Entwicklung und Pflege der Professionalität des pädagogischen Personals jedoch kaum in den Blick. Im Gegenteil: Unter dem Diktat der Sparkommissare in den Regierungen hat eine schleichende Deprofessionalisierung der Beschäftigten im Bildungssystem begonnen. Statt endlich die notwendige Unterstützung durch Fortbildung und Beratung zu sichern, wird der Druck erhöht.

Die Beschäftigten im Bildungswesen sind der Schlüssel für eine nachhaltige Verbesserung unseres Bildungssystems. Die Gestaltung ihrer Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ist in hohem Maße entscheidend für den Erfolg einer Bildungs-offensive. Professionalität, Qualität und Arbeitsbedingungen gehören untrennbar zusammen. Eine gute Ausbildung, angemessene Bezahlung und eine Kultur des gegenseitigen Vertrauens und Respekts bilden die Grundlage eines guten Bildungswesens. Sie machen Bildungsberufe auch für den Nachwuchs interessant.

Zurzeit steuert Deutschland auf einen gravierenden Fachkräftemangel auch im Bildungswesen zu. Soll zum Beispiel der Krippenausbau bis 2013 verwirklicht werden, müssen in den kommenden Jahren 45.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt werden. In den nächsten 15 Jahren wird mehr als die Hälfte der Fachkräfte an den Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen, aber auch den Hochschulen in den Ruhestand gehen. Wenn dieser Generationenwechsel gelingen soll, muss jetzt massiv um qualifizierte Fachkräfte geworben werden. Dabei geht es nicht nur um Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher. Gute Bildungseinrichtungen sind multi-professionell, dort arbeiten auch Sozialarbeiter/-innen, Heilerziehungspädagogen/-innen und Psychologen/-innen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb die Gewährleistung exzellenter Arbeitsbedingungen, insbesondere verbesserte Personalschlüssel und eine deutlich bessere Bezahlung der Erzieherinnen und Erzieher, die Reduzierung der Pflichtstunden für Lehrkräfte, spürbar kleinere Klassen und eine Verpflichtung zur öffentlich-finanzierten Weiterbildung.

Darüber hinaus brauchen wir eine aufgabengerechte Personalstruktur für Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Anders als in vielen ausländischen Wissenschaftssystemen gibt es in Deutschland jenseits von Professur und Professorenlaufbahn keine anerkannte Position für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Wer nicht Professor wird, landet regelmäßig in einer Sackgasse: ohne Aussicht auf eine dauerhafte Beschäftigung in Hochschule und Forschung, überqualifiziert für den freien Arbeitsmarkt. Für Daueraufgaben in Hochschule und Forschung müssen daher mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse zur Verfügung stehen.

8. Frühkindliche Bildung verbessern:

Bildung beginnt in der frühen Kindheit. Ein Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung ist deshalb überfällig. Dieser Anspruch muss unabhängig vom sozialen Status der Eltern von Geburt an gelten. Auch in Kindertagesstätten müssen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen. Um soziale Chancengleichheit zu erreichen, ist vor allem die Qualität in der frühkindlichen Bildung zu verbessern. Die Anforderungen sind gestiegen: Bildungspläne, Sprachförderung und individuelle Bildungsbegleitung und -dokumentation sollten eigentlich den Alltag in den Tageseinrichtungen für Kinder prägen. Um den Kindern den Übergang aus dem Kindergarten in die Grundschule zu erleichtern, sind die Erziehungs- und Bildungsziele sowie die Methoden zwischen beiden Einrichtungen besser miteinander abzustimmen. Für eine solche Qualitätsoffensive muss das Personal besser aus- und weitergebildet werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern Bund und Länder auf, für die Sicherung von guter Qualität bundesweite Standards (Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher, Gruppengröße, Zeit für Vor- und Nachbereitung) zu entwickeln, die in allen Ländern umzusetzen sind. Diese Standards müssen für alle Einrichtungen gelten - unabhängig von deren Trägerschaft.

9. Eine gute Schule für alle Kinder einführen:

Die Bilanz unseres Schulsystems ist Besorgnis erregend: Jahr für Jahr verlassen mehr als 65.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. Wir brauchen deshalb auch für unsere Schulen eine neue Philosophie: Fördern statt Auslesen. Eine Schule für alle Kinder erreicht durch individuelle Förderung zwei Ziele: Chancengleichheit und Leistungsfähigkeit. Das pädagogisch sinnlose Sortieren und Etikettieren in unterschiedlich anspruchsvollen Bildungsgängen muss überwunden werden. Vor allem Haupt- und Förderschulen können den Schülerinnen und Schülern den Übergang in Ausbildung und Beruf kaum noch ermöglichen. Auch in Deutschland sollen junge Menschen bis zum

Ende der 10. Klasse gemeinsam lernen. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern daher die Einführung der einen guten Schule für alle.

Es darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen, wer Abitur machen darf und wer nicht. Jugendliche aus einkommensschwachen Familien sollen deshalb ab der Oberstufe finanziell gefördert werden. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften treten für eine Wiedereinführung des Schüler-BAföGs ein.

In den Schulen der Zukunft sollen Kinder mit und ohne Behinderung gemeinsam lernen. Für Kinder- und Jugendliche mit Behinderungen bedeutet die Ausgrenzung in Förderschulen oftmals den Einstieg in lebenslange Sonderwege an den Rändern der Gesellschaft. Mehr als 80 Prozent der Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf besuchen in Deutschland eine Förderschule. Das sind mehr als 400.000 Kinder und Jugendliche, die ausgesondert werden. In anderen Ländern werden dagegen über 80 Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Behinderung an allgemeinen Schulen unterrichtet. Zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention ist ein verbindlicher Aktionsplan der Länder zur Umsetzung inklusiver Bildung notwendig. Dazu zählt das Recht auf Aufnahme in die zuständige allgemeine Schule.

Zu einer qualitativ hochwertigen Schule für alle Kinder gehört auch, die Qualifikation von Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals endlich stärker ins Blickfeld zu rücken und zu verbessern. Die Ausbildung der Lehrerinnen und Lehrer muss inhaltlich grundlegend reformiert werden. Sie muss - in den Bachelor- und Masterstudiengängen - für alle Lehrkräfte zum Master (300 ECTS-Punkte) führen. Alle Lehrerinnen und Lehrer sollen unabhängig von Schulart und Schulstufe einheitlich bezahlt werden.

Kurzfristig brauchen wir erhebliche Investitionen in die präventive individuelle Förderung vom Schulabbruch „gefährdeter“ Jugendlicher. Um die hohe Zahl der jungen Menschen ohne Schulabschluss zu senken, müssen sich Bund und Länder endlich verbindlich auf konkrete Zielgrößen und Maßnahmen der Qualitätssicherung festlegen. Der mittlere Abschluss nach Klasse zehn in der einen Schule für alle Kinder muss zum Standard werden, damit die Jugendlichen den Übergang in Ausbildung und Beruf schaffen.

10. Den Übergang von Schule in Berufsausbildung neu gestalten:

Hunderttausende Jugendliche bewerben sich Jahr für Jahr erfolglos um einen Ausbildungsplatz und werden im sogenannten „Übergangssystem“ in Warteschleifen zwischen Schule und Beruf versorgt – ohne dass sie eine voll qualifizierende Ausbildung beginnen können. Dieses so genannte Übergangssystem ist nicht effektiv, teuer und bietet den Absolventen/-innen kaum Perspektiven. Um den jungen Menschen einen möglichst direkten Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die Berufsausbildung zu ermöglichen, ist ein ausreichendes Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen unverzichtbar. Zudem brauchen wir eine optimierte, neu strukturierte Berufsorientierung in der allgemeinbildenden Schule. Fundierte Entscheidungen über Berufswege können nur dann getroffen werden, wenn konkrete Erfahrungen in der Berufs- und Arbeitswelt von Schüler/-innen gemacht wurden. Handlungsorientierte Schulpraktika müssen künftig fester Bestandteil schulischen Lernens sein. Zudem ist eine enge Kooperation schulischer mit außerschulischen Lernorten eine wesentliche Voraussetzung, um den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung zu erleichtern. Durch die Neugestaltung der Berufsorientierung können finanzielle Mittel, die bisher für berufsvorbereitende Maßnahmen aufgewendet wurden, effektiv und zielgerichteter für Maßnahmen der Berufsorientierung oder zur Finanzierung des ersten Ausbildungsjahres eingesetzt werden.

In diesem Zusammenhang gibt das so genannte „Hamburger Modell“ wertvolle Hinweise. Schon der abgestimmte Einsatz von Berufsschullehrern der allgemeinbildenden Schule ist ein wesentlicher Fortschritt. Das „Hamburger Modell“ soll zudem Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz finden, eine Ausbildungsplatzgarantie bieten. Dabei ist sicherzustellen, dass außerbetriebliche und vollzeitschulische Ausbildung das duale System nicht er-

setzt, sondern ergänzt.

11. Berufliche Ausbildung modernisieren:

Die Altbewerber/-innen machen inzwischen mehr als die Hälfte der jährlichen Bewerber/-innen aus. So wird der Start ins Leben erschwert, Lebenszeit und Ressourcen verschwendet, soziale Ausgrenzung, Resignation und Perspektivlosigkeit erzeugt. Es gilt das duale System der Berufsausbildung mit neuer Vitalität zu erfüllen. Dazu gehören gesetzliche Rahmenbedingungen, die die Konjunkturunabhängigkeit betrieblicher Ausbildung sichern und ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot sicherstellen. Dazu ist eine gerechtere Finanzierung der Berufsausbildung zu etablieren. Es muss einen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben geben (z.B. über branchenspezifische Fondslösungen oder Umlagefinanzierungen). Die ergänzende überbetriebliche Ausbildung ist und bleibt ein Bestandteil betrieblicher Ausbildung, wenn eine Branche dies für angemessen erachtet. Die überbetrieblichen Ausbildungsstätten haben geregelte Qualitätsanforderungen durch ein Zertifikat einer Zertifizierungsstelle nachzuweisen und zu erfüllen.

Ausbildungsbegleitende Hilfen müssen Standardangebot der Berufsausbildung sein, um schwächeren Jugendlichen gute Abschlüsse zu ermöglichen. Um hohe Abbrecherquoten zu vermeiden, sind Qualitätssicherungssysteme nötig, an denen sich Betriebe messen können. Ein besseres Kontrollsystem muss sicherstellen, dass die Anforderungen für die Ausbildungsberechtigung erfüllt werden, falls die Kammern auch künftig ihrer Verantwortung zur Überwachung der Berufsausbildung nicht gerecht werden, sind die Zuständigkeiten neu zu vergeben.

Angesichts der zu erwartenden schnellen Veränderungen in der Arbeitswelt der Zukunft müssen die Erstausbildungen eine möglichst breite Grundbildung ermöglichen.

Das Grundrecht auf Ausbildung muss abgesichert werden, wie es in der gemeinsamen Petition von DGB und Landes-
schülervertretungen gefordert wird.

Umfassende berufliche Handlungs- und Gestaltungskompetenz ist das Leitziel der beruflichen Bildung. Moderne Beruflichkeit ist mit Zergliederung der Ausbildung in kleinste Einheiten und deren getrennter Zertifizierung nicht vereinbar. Es kommt darauf an, dass sich die Auszubildenden Kompetenzen aneignen, die weitere Berufswege öffnen. Kernberufe mit mindestens dreijähriger Ausbildungszeit bieten das Fundament, auf dem Fort- und Weiterbildungen Berufsperspektiven eröffnen. Auch Jugendliche mit Behinderungen, Benachteiligungen und Lernschwierigkeiten benötigen vollwertige Berufsausbildungen. Sie brauchen keine verkürzten Ausbildungen, sondern mehr Zeit und mehr Förderung.

Zu guter beruflicher Ausbildung gehört eine optimierte Berufsorientierung, bei der Betriebe, Schulen, Bundesagentur für Arbeit und alle weiteren Akteure des Ausbildungsbereichs kooperieren: mit einem System, zielgruppenorientierter und professioneller Beratungsangebote beim Übergang von der Schule in die Arbeitswelt.

12. Hochschulen demokratisch gestalten und sozial öffnen:

Das deutsche Hochschulwesen ist auch im internationalen Vergleich sehr leistungsfähig. Dennoch erleben die deutschen Hochschulen zurzeit einen Umbruch. Dominierendes Leitbild ist dabei ein wirtschaftsnahes Verständnis einer „deregulierten“, „entfesselten“ oder „unternehmerischen“ Hochschule. Ziel ist es, die Hochschulen nach dem Vorbild privatwirtschaftlicher Steuerungsmodelle umzubauen. Dieser Systembruch hat fatale Folgen: Studierende werden zu zahlungspflichtigen Kunden, die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen verschlechtern sich drastisch. Die Konzentration der Förderung auf wenige Eliteuniversitäten, autokratische Leitungsstrukturen, steinige Karrierewege, verschulte und verdichtete Kurzzeitstudiengänge prägen den Alltag an den deutschen Hochschulen.

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb einen gesellschaftlichen Dialog über die künftige Entwicklung der Hochschulen. Die Gewerkschaften stehen für ein alternatives Leitbild einer „demokratischen und sozialen Hochschule“ mit klaren Eckpunkten: Wir wollen Wissenschaft demokratisieren, Hochschulen sozial öffnen, Qualität von Forschung und Lehre entwickeln sowie Arbeits- und Studienbedingungen verbessern. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften lehnen sowohl die staatliche Detailsteuerung der Hochschulen als auch den teilweisen Rückzug der Politik aus ihrer Verantwortung für die Hochschulen ab. Hochschulautonomie macht nur dann Sinn, wenn die Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten und Studierenden gestärkt werden. Dabei sind Mitbestimmung der Hochschulmitglieder und eine Professionalisierung der Hochschulleitung keine Gegensätze.

Eine hierarchische Unterscheidung zwischen Elite- und Massenuniversitäten lehnen wir ab. Bund und Länder müssen eine ausreichende Finanzierung der Hochschulen sichern und somit gute Leistung in der Masse und in der Spitze ermöglichen. Gute Studienbedingungen sind die Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium: In überfüllten Hörsälen und mit fehlenden Labor- oder Praktikumsplätzen sowie veralteten Bibliotheksbeständen lässt sich nicht gut studieren. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften fordern deshalb, die Hochschulen besser auszustatten, das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden zu verbessern und die Lehrenden auf Standards zu verpflichten. Die Länder müssen dringend erforderliche Investitionen in die Bausubstanz und für neue Hochschulbauten sichern.

Zu wenige junge Menschen nehmen ein Hochschulstudium auf, zu wenige schließen ihr Studium erfolgreich ab. Nicht zuletzt deshalb warnt die OECD vor einem Fachkräftemangel, insbesondere in den Ingenieur- und Bildungswissenschaften. Deshalb müssen Zulassungssperren wie der Numerus clausus fallen. Dies kann durch einen Ausbau der Zahl der Studienplätze gewährleistet werden, der allen die gleichen Chancen auf ein Studium bietet. Wir brauchen deshalb einen Hochschulpakt III.

Die Barrieren beim Übergang zwischen beruflicher Bildung und Hochschule müssen beseitigt werden. Die berufliche Bildung sollte grundsätzlich zur Studienberechtigung führen. Erworbene Kompetenzen und Fähigkeiten aus der Fort- und Weiterbildung müssen auf ein Studium anrechenbar sein. Wir brauchen für mehr Menschen mehr berufsbegleitende und Teilzeit-Studiengänge sowie veränderte Curricula. Der Lebensunterhalt der Studierenden muss über das reformierte BAföG abgesichert werden. Die Hochschulen müssen die beruflich Qualifizierten auch zu einem erfolgreichen Abschluss bringen wollen. Deshalb sollten die Hochschulen ausreichend Studienplätze für beruflich Qualifizierte zur Verfügung zu stellen.

Ebenso unumgänglich ist die soziale Absicherung der Studierenden durch den Ausbau der Studienförderung. Dabei müssen die materiellen Rahmenbedingungen so verbessert werden, dass sich alle Studierenden auf ihr Studium konzentrieren können. Für alle Studieninteressierten brauchen wir eine elternunabhängige Bildungsförderung. Insbesondere Studierende aus finanzschwachen Elternhäusern und Studierende mit Kindern sind auf eine solche Förderung angewiesen. Grundsätzlich ist das BAföG zu einem elternunabhängigen Studienhonorar für alle Studierenden weiterzuentwickeln. Ein Stipendiensystem kann das BAföG nur ergänzen und nicht ersetzen. Wir brauchen klare Rechtsansprüche jedes oder jeder Einzelnen auf eine angemessene Studienförderung – und kein „Mäzenatentum“, das auf dem Wohlwollen von Stiftungen und Unternehmen basiert. Kurzfristig müssen die Mittel für die Ausbildungsförderung deutlich erhöht und die Förderung verbessert werden. Eine dynamische Anpassung der BAföG-Fördersätze an die Einkommensentwicklung und die Lebenshaltungskosten ist unverzichtbar. Der Darlehensanteil ist zu Gunsten eines nicht rückzahlungspflichtigen Zuschusses zu senken.

13. Chancen für Weiterbildung verbessern:

Immer noch fehlen die institutionellen, finanziellen, zeitlichen, rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen dafür, dass lebenslanges Lernen zum selbstverständlichen Teil der Biografien aller Menschen wird. Deutschland muss umsteuern. Wir brauchen ein wirksames solidarisches Weiterbildungssystem, das allen Menschen einen besseren

Zugang ermöglicht. Es muss auch erwerbslose Arbeitnehmer/-innen einschließen, für die durch Änderungen in den SGB II und III Rechtsansprüche auf berufliche Weiterbildung bis hin zu einem nachzuholenden Berufsabschluss (2. Chance) wieder verankert werden müssen.

Wer die Weiterbildung in Deutschland voranbringen will, muss wie im Berufsbildungsgesetz für die Ausbildung eindeutige Kompetenzstrukturen in dieser „vierten Säule“ des Bildungswesens schaffen. Sie müssen geeignet sein, mehr Verbindlichkeit, Verlässlichkeit und Planungssicherheit für alle Beteiligten herzustellen. Die Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung müssen durch finanzielle und gesetzliche Instrumente ergänzt werden. Wir brauchen einen konkreten Aktionsplan, der zeigt, wie die tiefe Krise der Weiterbildung überwunden werden kann und wie nachhaltige Strukturen geschaffen werden können.

Ein neues Weiterbildungssystem kann nur vom Staat, den Tarifvertragsparteien und den Betrieben gemeinsam gestaltet werden. Eine Weiterbildungs-offensive ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Notwendig sind Aktivitäten, die sich gegenseitig ergänzen und unterstützen. Wir brauchen eine innovative betriebliche Weiterbildung, eine bessere Unterstützung von Betriebs- und Personalräten bei der Wahrnehmung ihrer Initiativ- und Mitbestimmungsrechte, mehr Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen sowie eine aktive staatliche Weiterbildungs-politik.

Bundesregelungen für die Weiterbildung sind unverwechselbarer Bestandteil einer neuen Weiterbildungsstruktur. Länder wie Frankreich, Dänemark und Schweden zeigen, dass mehr öffentliche Verantwortung wichtige Impulse geben kann. In einem Bundesgesetz muss der Staat Rahmenbedingungen setzen für ein Recht auf Weiterbildung, für rechtlich garantierte Lernzeiten, für unterstützende Finanzierung, für mehr Beratung und Transparenz, für bessere Qualitätssicherung und Zertifizierung.

Wir wollen die Finanzierung der betrieblichen Weiterbildung erweitern – unter anderem durch die Förderung von Branchenfonds der Tarifvertragsparteien. Für Erwerbslose müssen Rechtsansprüche auf berufliche Weiterbildung im Arbeitsförderungsrecht eingeführt werden. Als weiterführende Maßnahme im Bereich der beruflichen (nicht betrieblichen) Weiterbildung schlagen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften vor, über die Arbeitslosenversicherung finanzierte Bildungszeiten in Abhängigkeit von der Dauer der Beitragsleistung einzuführen. Die Arbeitslosenversicherung wird im Sinne einer Beschäftigungsversicherung präventiv weiterentwickelt. Eine Verzahnung mit Langzeitarbeitskonten wird eröffnet.

Die Finanzierung der individuellen Weiterbildung soll mit einem Erwachsenen-BaföG für das Nachholen eines Hochschulstudiums und beruflicher Abschlüsse gewährleistet werden. Die Teilnahme an der Aufstiegsfortbildung soll wie bisher durch das Meister-BaföG finanziert werden, alle anderen individuellen Weiterbildungsmaßnahmen mit einem einkommensunabhängigen, sozialvertraglich ausgestalteten Darlehen.